

Hans-Helmuth Knütter

Gewalt als inneres Erfolgs-Erlebnis

Vom 6. bis zum 8. Juli 2017 fand in Hamburg ein „historisches Ereignis“ statt. Ein „historisches Ereignis“? Mit dieser Phrase verzeichnet die Publizistik Vorkommnisse, die ihr wert erscheinen, zunächst in den Medien, dann in der geschichtswissenschaftlichen Literaturfestgehalten und der Zukunft als „Geschichtsbild“ überliefert zu werden. Damit sind einige ausgewählte Fälle aus der Riesenfülle der Ereignisse als historisch bedeutsam ausgewählt worden. Das Besondere an diesem Geschehen in Hamburg beim G 20-Gipfel, dem Treffen der wichtigsten Politiker aus den 20 bedeutendsten Industriestaaten, war der Krawall durch demonstrierende Polit-Extremisten, die gegen alles waren: die Politiker, deren Handlungen, den „Kapitalismus“. Es kam zu bürgerkriegsähnlichen Gewalttaten: Plünderungen, Brandstiftungen, Molotowcocktails, Körperverletzungen, vor allen an Polizisten, Schüsse – (noch) nicht mit Patronen, aber mit Stahlkugeln aus Katapulten („Zwillen“). Mehrere hundert Polizisten wurden verletzt. Von betroffenen Krawalltätern kann man absehen, denn im Gegensatz zu den Polizisten sind diese Täter auf eigenen Antrieb gekommen. Die Medien, die sonst von linksextremen Taten kaum Notiz nahmen, sprachen jetzt ziemlich einhellig vom „Mob“, der hier sein Unwesen getrieben und Gewalt gegen Sachen und Personen ausgetobt habe. Allerdings blieb unerwähnt, dass es seit Jahrzehnten regelmäßig am 1. Mai und bei vielen anderen Gelegenheiten zu linksextremen Gewalt-Krawallen, auch zu Mordanschlägen in der RAF-Zeit gekommen war. Also im Prinzip nichts Neues. Immerhin war hier das öffentliche Leben in einer Großstadt für mehrere Tage lahmgelegt worden. Das regt dazu an, diese Gewaltausbrüche näher zu untersuchen, um sie zu erklären.

Dazu dient ein Blick auf die Geschichte des gewalttätigen 20. Jahrhunderts, das mit dem Weltkrieg 1914/18 einen ersten Ausbruch erlebte. Ein prominenter Kriegsteilnehmer, *Ernst Jünger* (1895 – 1998) zeichnete die kämpferische Mentalität in seinem Werk „Der Kampf als inneres Erlebnis“ (1922). Der Kampf erlöst von inneren, psychischen Spannungen. Aktivismus wirkt befreiend, die Tat dient der Erlösung. Diese psychologische Deutung ist auch auf andere Gewalttaten anzuwenden. Im Nationalsozialismus und ähnlichen aktivistischen Systemen hat der dauernde Appell zur Aktion die inneren Spannungen gelöst. Immer war etwas zu tun, um die erlösende Verheißung zu erlangen. Da blieb keine Zeit zu abschweifenden Gedanken. Die soziale Lage und die Mentalität der Bevölkerung in unseren Tagen unterscheiden sich in Manchem von den Verhältnissen vor 1945 und 1933. Es herrscht Wohlstand, eine Konsumenten-Mentalität, Hedonismus. Kampf gibt es allenfalls als Wettstreit um Vorteile. Seltsamerweise ruft das nicht nur Zufriedenheit, sondern auch Überdruß, Langeweile hervor. Psychologisierende Literaten haben diese Haltung als „Tristesse“ bezeichnet. Diese Einstellung sei für die Schlußphase der DDR bezeichnend. Nichts bewegte sich in der erstarrten politischen Ordnung. Materiell ging's dürftig, aber immerhin ausreichend zu. Folge: eine triste Stimmung. In der Bundesrepublik ist es anders. Die Tristesse beruht hier auf der Enttäuschung über vollmundige Versprechungen, Wortbrüche, Geschwätz über Pläne, denen dann nichts folgt. Abbau von erreichten Standards, Frustration über technologische Neuerungen, die unverstänlich bleiben und bedrohlich wirken. Tristesse bezeichnet eine Unzufriedenheit, die (noch) nicht zur Tat führt.

Wie steht es nun mit der Aussage, Gewalt sei ein inneres Erlebnis? Demzufolge erweckt die Gewalttat im Täter positive, rechtfertigende Gefühle, nämlich etwas bewirkt und nicht nur geredet zu haben. Die Tat hat Vorrang vor dem Wort. Sie gilt als nötig, um das Zerschwätzen eines Problems zu vermeiden, das nach Art der Lösung des Gordischen Knotens erledigt wird. Offen bleibt hierbei allerdings die Frage nach den negativen Folgen dieser Gewalt.

In der zeitgenössischen Literatur wird betont, das staatliche Gewaltmonopol sei begrenzt, die nichtstaatliche Gewaltanwendung durch gesellschaftliche Gruppen und Privatpersonen aber habe beunruhigend zugenommen. Die Sozialwissenschaft hat in der Vergangenheit bereits Erklärungsansätze geliefert, auf die heutige Autoren kaum eingehen. Deswegen sei hier auf Werke von *Karl Mannheim*, *Christian Graf von Krockow* und *Bernd Faulenbach* hingewiesen (siehe Literaturverzeichnis im Anhang).

Mit der Aufklärung begann ein grundsätzlicher Wandel des Verhältnisses von Mensch und Gesellschaft. *Karl Mannheim* sprach von der „Fundamentalpolitisation“. Infolge der wissenschaftlichen Vermehrung der technischen, geographischen, astronomischen Kenntnisse erweiterte sich das bis dahin begrenzte Weltverständnis der Menschen. Die Gestaltung des individuellen und sozialen Daseins, bisher schicksalsbestimmt ergeben hingenommen, erwies sich zunehmend als machbar, von den Menschen selbst gestaltbar. Die bis zur Aufklärung traditionelle Existenz-Auffassung, das Schicksal müsse als gottgesandt demütig hingenommen werden, änderte sich zur rationalistisch-aufklärerischen Mentalität: Das Schicksal kann nicht völlig, aber doch weitgehend durch menschliches Handeln rational gestaltet werden. Die Bindekraft religiöser Dogmen schwindet, die Möglichkeiten der Selbstbestimmung wachsen. *Immanuel Kant* formulierte: „Bediene dich des eigenen Verstandes!“ Noch eindringlicher ist die Darstellung von *Christian Graf von Krockow* (siehe Lit. Verz., S. 21 – 23):

Die Industrialisierung ist es, die den menschlichen Handlungsspielraum erweitert und die Veränderung der Lebensverhältnisse beschleunigt. Dieser Wandel wird durch die Politik ermöglicht, die nunmehr nicht mehr die Sache einer kleinen, privilegierten Oberschicht ist, sondern die Mehrheit der Zeitgenossen anspricht. Dieser Vorgang wird „Fundamentalpolitisation“ genannt – eine Entwicklung, die vom 18. Jahrhundert bis in unsere Gegenwart fortgeschritten ist. Wir nähern uns hier der Antwort auf die Frage, wie Gewalt als Mittel der Problemlösung sich in den modernen, pluralistisch strukturierten Gesellschaften durchsetzen konnte. Je stärker die Fundamentalpolitisation wirkte, desto mehr Beteiligung am politischen Geschehen, desto stärker die gesellschaftliche Pluralisierung, desto mehr ideologische Interessengruppen, die im oftmals konfliktreichen Wettstreit standen. Eine Stimme aus der bürgerkriegsähnlichen Auflösungsphase der Weimarer Republik drückt dies überzeugend aus: „Die Demokratie ist gleichbedeutend mit einer umfassenden Politisation der Massen. Diese Schärfung des politischen Bewußtseins für politische Zusammenhänge führte in Deutschland nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Abschwächung des staatspolitischen und nationalpolitischen Denkens. Der Einfluß, welchen die liberale Gedankenwelt nach dem Novemberumsturz (1918) erlangte, ist verantwortlich dafür. Der Liberalismus besitzt keine staatsbildende Kraft, wohl aber Kräfte, um jede strenge, reine Staatsgestaltung zu zerstören.“ (*Edmund Schulz – Friedrich Georg Jünger*, S. 151. Siehe Lit. Verz.). Dies ist ein überzeugendes Beispiel für eine antiliberale Einstellung, die demokratische Mit- und Selbstbestimmung als Desintegration staatlicher Gewalt und als

Freisetzung privater Gruppengewalt und Vernichtung staatlicher Autorität und Funktionsfähigkeit deutet.

Die Fundamentalpolitisierung ist ein Grund für die Zunahme nichtstaatlicher Gewalt. Jeder Staatsbürger fühlt sich berechtigt, seine Ansprüche durchzusetzen, eventuell mit radikalen Methoden, wenn die bloße Artikulation der Rechte wirkungs- und erfolglos bleibt. Der Pluralismus verschiedener, oft gegnerischer Interessengruppen erschwert eine schnelle Entscheidung, so dass Ungeduld, Frustration über Hinhalte-Taktik und Umständlichkeit der Entscheidungsfindung die Neigung zur Gewalt begünstigen.

Die negative Seite, die jeder Demokratie innewohnt, ist die Möglichkeit der Devolution. Das ist die Auflösung des Gemeinschaftsbewußtseins, hervorgerufen durch fehlendes Vertrauen in die „Volksvertreter“. Wenn Vertrauen in diese demokratisch legitimierte Vertreter besteht, wird das politische System funktionieren. Wenn nicht, dann versagt die Ordnungsfunktion der Strukturen und private Gewalt füllt das Vakuum, das die versagenden Strukturen hinterlassen. Die Bändigung nichtstaatlicher Gewalt wird nur durch eine Stabilisierung des staatlichen Gewaltmonopols möglich sein.

Nichtstaatliche Gewalt hat im 21. Jahrhundert zugenommen. Es dürfte klar geworden sein, dass die Pluralisierung der Mitbestimmung, also die Fundamentaldemokratisierung, die Erwartungen, etwas bewirken zu können, verbreitet hat. Die Erfahrungen beweisen, dass die Anwendung der in einem demokratischen System üblichen Formen der Mitwirkung durch Diskussion, Werbung um Zustimmung durch Propaganda und Abstimmung und durch Kompromisse sehr oft wenig bis gar nichts erreichen. So wächst mit der Enttäuschung und Frustgefühlen die Neigung, mittels der Tat, also mit Gewalt, dem Ziel nahe zu kommen. Das Wort gilt dann der moralischen Rechtfertigung der Gewalttat. Die Rechtfertigung der islamistischen Gewalt mit religiösen Aussagen ist im 21. Jahrhundert der nächstliegende Beweis.

Ebenso verfahren die sogenannten Antifaschisten, die das moralisch Böse und gesellschaftlich Schädliche im Faschismus, Rassismus, Imperialismus und Sexismus zu bekämpfen behaupten. Die Abwehr einer vermeintlichen Gefahr rechtfertigt in deren Vorstellungen die Gewalt. Das innere Erlebnis ist die Furcht, die durch die Bedrohung verbreitet wird und die bei den Tätern ein befriedigendes Gefühl der eigenen Macht und Bedeutung erregt. Die Verhinderung dieses Erfolgserlebnisses durch konsequente Bekämpfung der privaten Gewalt ist ein wirksames Mittel, das innere Erlebnis, also die Befriedigung der Täter, zunichte zu machen.

Allerdings droht hier die Gefahr einer Einschränkung der personalen Freiheit zur Selbstbestimmung.

Wir leben in einer Zeit eines epochalen Wandels. Ständig befinden sich die Ebenen des Zusammenlebens im Fluß. Gesellschaftliche und politische Strukturen – Werte – Konventionen – soziale Milieus – Rituale des Zusammenlebens verändern sich angesichts der rasanten technologischen Neuerungen. Wenig bleibt so, wie es gestern war und morgen sein wird. Die Verunsicherung und Orientierungsbedürftigkeit werden zunehmen.

Das ist das Kennzeichen unserer Zeit und die Fähigkeit der Bewältigung bleibt offen. Versucht werden sollte sie auf jeden Fall, und wieder einmal gilt das *Brecht-Zitat*: Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.

Literaturverzeichnis

- 1.) Bernd Faulenbach: Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus. München: Beck 1980 (hier S. 100).
- 2.) Christian Graf von Krockow: Nationalismus als deutsches Problem. München: Piper 1970 (hier S. 21 – 24).
- 3.) Ders.: Reform als politisches Prinzip. München: Piper 1976 (hier S. 50 -55).
- 4.) Karl Mannheim: Mensch und Gesellschaft im Zeitalter des Umbaus. Leiden: 1935 (Neudruck 1958, hier S. 52ff.).
- 5.) Edmund Schulz und Friedrich Georg Jünger (Hgg.): Das Gesicht der Demokratie. Leipzig: 1931 (hier S. 151).